

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feierstunden“ und „Unsere Heimat“

Bezugspreise:

Monatlich einschließlich Trägerlohn A 1.50
Einzelnummer 10 S

Er erscheint an jedem Werktag

Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold

Verlagsleitung, Druck u. Verlag von G. W. Sauer (Karl Sauer) Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise:

Die einpaltige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 S, Familien-Anzeigen 12 S, Reklame-Seite 45 S, Sammelanzeigen 50%, Aufschlag für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Anzeigen und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Nr. 211

Gegründet 1827

Samstag, den 10. September 1927

Fernsprecher Nr. 29

101. Jahrgang

Politische Wochenschau.

In Genf ist wieder Hochbetrieb. Die 8. Völkerbundversammlung ist beieinander: 48 Abordnungen aus aller Welt; Argentinien, Brasilien, Spanien und drei weitere Staaten fehlen. Unter den hohen Herrschaften befinden sich nicht weniger als 22 Außenminister. Zu ihnen gesellt sich sogar ein Staatschef, der im Rat der Völker heute besonders hochgeschätzt: schweizerische Bundespräsident Motta, für dessen Gastfreundschaft der Völkerbund und alles, was mit ihm zusammenhängt, immer warme Worte des Dankes findet.

Bis jetzt haben die großen „Kanonen“ noch nicht gedonnert. Es war mehr Kleingewehr, das aufgeföhren wurde. Aber auch bei diesem Vorgeföhrt — den Schluffeffekt werden wohl Briand, Chamberlain und Dr. Stresemann loslegen — gab es Ueberraschungen. Schon das hat Aufregung gebracht, daß statt des öfterreichischen Vertreters, der als Präsident für die Völkerverammlung vorgesehen war, der Südamerikaner Guani von Uruguay gewählt wurde. Eine zweite Ueberraschung brachte der Pole mit seinem Antrag, ein Allverwelts-Locarno zu vereinbaren, alle gegenwärtigen Grenzen zu verbürgen und den Krieg für ungeschichtlich zu erklären. Und weil nun einmal alle guten Dinge drei sind, kam der Holländer mit seinem Antrag, „das Studium der Grundzüge des Genfer Protokolls wieder aufzunehmen“.

Der geistige Vater dieses vielumstrittenen Protokolls ist eigentlich Lord Cecil, der bekannte englische Völkerverbundsfachmann, der diesmal in Genf selbst, gerade so wie der hervorragendste französische Vertreter Henry de Jouvenel. Nach wiederholten Versuchen und Umgestaltungen, an denen leinzeit die beiden Ministerpräsidenten Herrriot und Macdonald hauptsächlich beteiligt waren, wurde ein Entwurf vom 2. Oktober 1924 der fünften Völkerverbundversammlung vorgelegt. Diese war in ihrer ersten Begeisterung über das Werk so entzückt, daß das Schriftstück von allen 49 Staaten einstimmig angenommen wurde. Namentlich war Frankreich voll Feuer und Flamme dafür, denn dieses Protokoll sicherte für Zeit und Ewigkeit den Pariser Vertrag, war also eine Verfestigung des Versailleser Vertrags.

Nur England und seine Dominions dachten anders. Denn würde dieses Protokoll praktisch werden, dann hätte in Zukunft nur der Genfer Rat über Krieg und Frieden zu entscheiden. Wo bliebe da die Souveränität Englands? Die Dominions vollends fürchteten, daß sie durch diese neuen Bestimmungen wieder in einen europäischen Krieg gezerrt werden könnten. Dazu aber haben sie keine Lust mehr; sie haben genug und mehr als genug vom letzten Krieg. Und so erklärte Baldwin, der inzwischen an die Stelle Macdonalds getreten war, am 12. März 1925, England und die Dominions könnten dem Protokoll nicht beitreten. Damit war natürlich der Entwurf erledigt. Jetzt soll er wieder hervorgezogen werden. Aber Chamberlain hat bereits sein scharfes Beio eingelegt. Er hätte nichts dagegen, wenn die Herren in Genf ihre „Friedenssphären dreschten“. England wolle jedenfalls von einer Wiederbelebung des Genfer Protokolls nichts wissen. Wo dürfte es jetzt Zeit sein, den schönen Leichnam einzubalsamieren. Wir Deutsche haben nichts dagegen.

Eine Hauptrolle scheint diesmal in Genf Polen beschieden zu sein. Dieser Neuling zittert um seine West- und Südgrenzen. Im Ost-Loecarno will er sich gegen Deutschland sichern; durch einen „baltischen Block“ soll er gegen Rußland gesichert werden, und über dem allen schafft er transpohant an der Vernebrung und Verbefestigung seines Heerwesens. Und doch dieses ewige Geföhnsel nach Sicherheit! Wo aber Deutschlands Sicherheit bleibt, danach fröhrt kein Mann in Genf.

Wie oben schon angedeutet, fehlt in Genf u. a. diesmal Spanien. Vielleicht hauptsächlich weil sein Diktator Primo de Rivera augenblicklich schwere innerpolitische Sorgen hat. Anfang Oktober soll eine beratende Nationalversammlung zusammentreten, um Spanien eine neue Verfassung zu geben. Seit Herbst 1923, wo Primo de Rivera das letzte verfassungsmäßige Parlament aufgelöst hatte, wurde das Land schlecht und recht ohne Verfassung von ihm regiert. Das neue Parlament soll aus 360 Mitgliedern bestehen: unter ihnen ein Drittel unmittelbar ernannte Beamte, der Rest aus Vertretern der Städte, der Landwirtschaftskammern, der Provinzen und der „Patriotischen Union“, einer Art von spanischen Faschisten. Also eine Volksvertretung, die keine ist. Die alte Verfassung, die zwar formal noch besteht, in Wirklichkeit aber aufgehoben ist, soll abgeschafft werden, ein Umstand, der den König bis jetzt davon abgehalten hat, den Regierungsentwurf mit seinem Namen zu deden.

In Frankreich gab es wieder eine gehörige Aufregung wegen des russischen Gefandten Kalowski. Der Mann war vorher russischer Geschäftsträger in London und bekam beim englisch-russischen Konflikt den Laupaf. Jetzt vertritt er amtlich die Sowjetrepublik in Paris. Nun hat unlängst die kommunistische Zentrale in Moskau, wie schon öfter, einen Ufas herausgegeben, in dem u. a. ausländische Soldaten zum Eintritt in die Rote Armee, also zur Desertion aufgefordert werden. Diese „Entschließung“ trägt auch Kalowkis Unterschrift. Nun führt der französische Kriegsminister seit Jahr und Tag einen schweren Kampf mit der

Deutschland erhält einen Mandatsfif

Die Danzigerfrage wieder hinausgeschoben / Apponyi spricht / Was will Belgien in Wahrheit?

Vom Völkerverbund

Der deutsche Mandatsfif

Genf, 9. Sept. In der gestrigen Nachmittagsfifung wurde nach dem Bericht Beelaerts von Blootland (Holland) der Antrag angenommen, die Mitgliederzahl der Mandatskommission von 9 auf 10 zu erhöhen; das neue Mitglied soll ein Deutscher sein. — Zum Streit über die Weiterbenützung des Danziger Hafens durch polnische Kriegsschiffe erklärte der Senatspräsident von Danzig, Dr. Sahm, nachdem Polen jetzt den fertigen Kriegshafen ödingen bei Danzig habe, sei die für Danzig lästige Benützung überflüssig. Auf Befürwortung Stresemanns wird beschlossen, daß Polen und Danzig über die Angelegenheit noch einmal verhandeln sollen. Sollten sie sich bis 15. November nicht einigen, so soll der Völkerverbund durch eine Marinekommission unteruchen lassen, ob der Hafen ödingen für die polnische Kriegsflotte ausreichend sei.

Zum Antrag Finnlands, daß angegriffene Staaten vom Völkerverbund mit Geldmitteln unterföhrt werden sollen, bemerkt Chamberlain, der Gedanke finde die englische Zustimmung; die Genehmigung des englischen Parlaments sei jedoch nur zu erwarten, wenn die Lasten entsprechend verteilt und im gegebenen Fall ein verwendbarer Gegenwert vorhanden sei. Die englische Regierung könne also den Vorschlag nur im Zusammenhang mit den Sicherheits- und Abrüstungsplänen behandeln.

Beachtenswerte Rede Apponyis

Große Aufmerksamkeit fand eine Rede des 83jährigen Grafen Apponyi (Ungarn). Er erklärte, gewiß sei manches schon vom Völkerverbund geleistet worden, aber auch seine Passivseite sei sehr umfangreich. In der Frage der völkerverbundlichen Minderheiten habe er verfehlt. Die Abrüstung sei vielleicht geradezu ausfichtslos. Die Großmächte haben ihre Sicherheiten sich gesichert, aber in Mitteleuropa gebe es kein Land, das der Sicherheit mehr bedürfe als das völlig entwaffnete Ungarn, das sich inmitten von bis an die Zähne bewaffnete Staaten befinde. Ungarn fordere keine Sicherheitsbürgschaft, sondern die Abrüstung der übrigen Staaten. Wenn die Abrüstung nicht durchgeführt werde, werde der Völkerverbund einen Bankrott erleben. Nach dem Bericht der Abrüstungskommission solle gar die Entwaffnung der im Krieg unterlegenen Staaten verweigert werden, während die übrigen nicht an Abrüstung denken. Das sei eine Ungeheuer-

sicherheit gegen den Vertrag von Versailles. Die von dem belgischen Vertreter beanpruchte „Chrenpflicht der nationalen Verteidigung“ dürfe nicht auf der Chrenpflicht anderer Staaten aufgebaut sein. Dies würde tatsächlich eine Verewigung des Kriegszustands bedeuten.

Belgien — für Abrüstung?

In der Vormittagsfifung am Freitag erklärte sich Banderwelve namens der belgischen Regierung für das Bestreben, die „Grundzüge des Genfer Protokolls“ neu zu prüfen. Die geplanten Entschließungen dürften aber nicht Form einer erregten Berfammlungsentscheidung zustande kommen. Eine tatsächliche Rüstungsbeschränkung sei zu empfehlen, die ja nicht nur eine moralische, sondern auch juristische (Versailleser Vertrag) sei. Es fehle nur noch, daß die Regierungen abrüsten wollen, und sie werden es wollen, wenn die Völkerverbund es fordern. (In Wirklichkeit hat gerade Belgien die Rüstungen kürzlich amtlich als „Chrenpflicht“ erklärt.)

Lange (Norwegen) sprach sich gegen die von Politis (Griechenland) behauptete Einheit und Unteilbarkeit des Genfer Protokolls aus, das allerdings nicht tot sei. Zwangsmaßnahmen seien unentbehrlich, solange die Abrüstung nicht durchgeführt sei.

Man läßt den Dingen den Lauf

Dr. Stresemann hatte am Freitag vormittag eine Besprechung mit Briand. Es wird verbreitet, es scheine ein Einvernehmen darüber zu bestehen, daß die Mächte auf ihre Abänderung des ersten polnischen Antrags verzichten werden, wenn Polen fortfahre, Schwierigkeiten zu machen. Die vorliegenden und noch zu erwartenden Sicherheits- und Abrüstungsanträge sollen dann den üblichen Weg durch die Völkerverammlung nehmen. (Es kann doch wohl kein Zweifel sein, daß der Pole Sokal und Briand unter einer Decke spielen.)

Die deutsche Abordnung hat den polnischen Abänderungsantrag zum ersten polnischen Vorschlag einstimmig abgelehnt, da dadurch das Locarnovertragswerk abgeschwächt werde. Auch die englische Abordnung hat den neuen Vorschlag abgelehnt, da England sich durch keine Bürgschaftsverpflichtungen auf dem Festland außer dem Locarno-Vertrag binden will.

Polen will einen dritten Entwurf einbringen.

kommunistischen Propaganda im Heer. Die kriegsgerichtliche mehrten sich von Monat zu Monat. In Paris, Toulon, Mainz, Wehr, Nancy, Tropes, Clermont gab es, besonders unter Reservisten, schwere Meutereien und kommunistische Rundgebungen. Kein Wunder, daß die französische Defensivlichteit über Kalowski sehr erboh ist. Namentlich war es der russenfeindliche „Matin“, der seine sofortige Abberufung forderte. Briand selbst aber will nicht so weit gehen. Er ist zufrieden, wenn Schlichterin dem Gefandten seine Mißbilligung ausdrückt. Denn Frankreich ist zurzeit nicht genehen, in die Fußstapfen Englands zu treten und es auf einen völkerverbundlichen Bruch mit Moskau antommen zu lassen.

In Kowno kennt man sich nicht vor Wit über den Wahlausfall im Remelland. Unter 29 Abgeordneten nur 4 Großbauern. Das ist allerdings fürchterlich. Wolbemaros und seine Kollegen suchen nach Schuldigen, und die glauben sie in drei deutschen Redateuren gefunden zu haben. Also Ausweisung! Eine wirklich peinliche Sache. Als ob man auf diese Weise eine machtvolle Rundgebung, wie sie die Wahlen vom 28. August darstellten, dämpfen könnte! Nein, die deutschen Remelländer werden jetzt erst recht das bisherige Recht, das ihnen das Remeler Statut noch gelassen hat, trotz aller litauischen Schikanen behaupten. Das sollte man endlich auch in Kowno einsehen.

Der belgische Freischärer-Streit ist inzwischen zur Ruhe gekommen. Der Mann, der die Frage angefnitten hat, nämlich der Außenminister Banderwelve hat, als es brenzlich wurde, „im Interesse des Friedens zwischen beiden Völkern“ seinen Antrag auf eine unparteiische Unterfuchung wieder zurückgezogen. Man kann nicht behaupten, daß Banderwelve durch diesen Rückzug in seinem staatsmännischen Ruf gewonnen hat.

In Deutschland geht der Flaggenstreit noch weiter. Nun sind darüber sogar der sozialistische preußische Ministerpräsident Braun und der deutschnationale Reichsverkehrsminister Koch einander ganz ordentlich in die Haare geraten. Wir können nur wünschen, daß der Lärm verflummt, wenn das deutsche Volk sich dankbar um seinen 80jährigen Reichspräsidenten sammelt und seinem Ruf nach Einigkeit folgt.

An den beiden letzten Wochentagen tagte in Frankfurt a. M. der Zentrale der südwestdeutschen Industrie, zum achtenmal der Reichsverband der Deutschen Industrie. Mehr als 2000 Vertreter unserer Wirtschaft aus ganz Deutschland waren dort zusammengekommen, um neue Richtlinien für ihre Arbeit auf die folgenden zwei Jahre

mit hinauszunehmen. Voriges Jahr in Dresden wurde die Lösung ausgegeben „Belebung der Konjunktur!“ In Frankfurt lautete sie: „Deutsche Ware — Qualitätsware“. Nur Qualitätsarbeit kann den Binnenmarkt beleben, den Weltmarkt erobern, die Handelsbilanz verbessern, die Steuerlast erleichtern und neue Kapitalbildung in die Wege leiten, und dies alles trotz der furchtbaren Kapitalverschuldung von 23,1 Milliarden, trotz der fast unerträglichen jährlichen Zinsverpflichtungen, die einschließlich den Dameslasten rund 2 Milliarden betragen, und trotz der großen Sozialbelastung, die mit 4,5 Milliarden Mark auf den Schultern des verarmten deutschen Volks drückt. Allgemeiner Zustimmung erfreute sich Geheimrat Kastl, als er seinen Vortrag mit den Worten schloß: „Nur wenn das Trennende zwischen den einzelnen Berufsgruppen des deutschen Volks in den Hintergrund tritt und vor allem bei wirtschaftlichen Fragen nicht die Parteipolitik, sondern die wirtschaftliche Vernunft entscheidet, ist für Deutschland die Möglichkeit eines Wiederaufbaus gegeben.“

Neuestes vom Tage

Kabinettsrat in Berlin

Berlin, 9. Sept. Die in Berlin anwesenden Reichsminister sind heute mittag zur Besprechung eines von Dr. Stresemann eingeleiteten vorläufigen Berichts über die Lage in Genf zusammengetreten. Stresemann wird voraussichtlich Anfang nächster Woche zu mündlicher Berichterstattung nach Berlin kommen. In der morgigen Kabinettsfifung wird die Befoldungsreform behandelt werden.

Dr. Köhlers Besprechungen mit den Beamtenverbänden

Berlin, 9. Sept. Die Mitteilungen, die Reichsfinanzminister Dr. Köhler gestern nacheinander den Abordnungen des Deutschen Beamtenbunds, des Reichsbunds der höheren Beamten und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbunds über die Grundzüge der Befoldungsregelung gab, wurden als streng vertraulich erklärt. Dem „Vorwärts“ zufolge haben die Besprechungen, die heute fortgesetzt werden sollen, bestimmte Ergebnisse bisher nicht gebracht. Das Berliner Tageblatt weiß mitzuteilen, daß die von Dr. Köhler vorgebrachten Grundzüge des Entwurfs von den Beamtenverbänden als nicht ausreichend bezeichnet worden

Besuch des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft im württ. Allgäu

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Schiele und der württ. Staatspräsident Bazille machten am 8. September mit ihren Begleitern und zahlreichen Vertretern landwirtschaftlicher Organisationen eine Besichtigungsfahrt durch das württ. Allgäu. Um 7 Uhr morgens wurde zunächst die staatliche, landwirtschaftliche Lehr- und Forschungsanstalt Wangen unter der Führung von Landesökonomierat Dr. Leichert, ferner der Betrieb der Gebrüder Speidel besucht. Daran schloß sich die Besichtigung verschiedener Käseereien im Bezirk Wangen. Zunächst fuhren die Herren nach dem am Bahnhof Rakenried gelegenen Zentrallager der vereinigten Käseereien des württ. Allgäus. Gutsbesitzer Farny gab hier einen Ueberblick über die genossenschaftliche Organisation der Käseereien im dortigen Bezirk und schilderte ihre Bedeutung. Die folgende Besichtigung der Käseereien, die zum Teil in genossenschaftlicher Verwaltung, zum Teil in Privatbesitz sind, vermittelte wertvolle Einblicke in die Bedeutung dieses wirtschaftlichen Zweigs. Hierauf folgte der Besuch einer Käseerei in Balleray und des Gutsbetriebs der Herren Henzge. Hier übernahm der Vorstand des landw. Bezirksvereins Wangen, Herr Sontheimer, die Führung. Von dort aus ging die Fahrt über das Hofgut Düren nach den Käseereien Rakenried, Christazhofen und Unterharprechts.

Am 11 Uhr vormittags trafen die Herren in Isny ein. Dort hatte die Stadtgemeinde zu einem Frühstück eingeladen. Stadtschultheiß Seeger-Isny entbot dem Reichsminister und dem württ. Staatspräsidenten namens der Stadt und des Gemeinderats von Isny herzlichen Willkommgruß. Er erinnerte an die Bedeutung, die eine blühende Landwirtschaft auch für die städtische Bevölkerung habe. Seine Rede klang aus in einem Freugelächnis des Grenzbezirks zum Deutschen Reich.

Reichsminister Schiele dankte für die freundliche Begrüßung in herzlichen Worten. Die Fahrt habe ihm nicht nur wertvolle, wirtschaftliche Einblicke vermittelt, sondern auch die Gemütsruhe und die Vaterlandsliebe der Allgäuer Bevölkerung vor Augen geführt. Ueber die sachlichen Fragen, zu deren Behandlung er hierher gekommen sei, werde er sich am Freitag bei einer Besprechung mit den maßgeblichen Persönlichkeiten aus der Landwirtschaft äußern.

Auch Staatspräsident Bazille sprach für die Begrüßungsworte seinen Dank aus. Die weit verbreitete Ansicht, als habe die württ. Regierung für die Nöte und Leiden der weiter abgelegenen Landesstellen kein Verständnis, sei nicht richtig, ebensowenig treffe sie der ihr oft gemachte Vorwurf, daß sie zu bauernfreundlich eingestellt sei. Die Regierung hat das Bestreben, für alle Berufsstände gleichmäßig zu sorgen. Wenn sie sich der Landwirtschaft in ihrer Notlage annehme, so komme das, wie die Verhältnisse im Oberland deutlich beweisen, auch den anderen Volksschichten wieder zugute. Der Staatspräsident gab dann der Hoffnung Ausdruck, daß der Besuch des Reichsministers Schiele die finanzielle Hilfe des Reichs für das Allgäu wesentlich beschleunigen werde und schloß mit dem Wunsch, daß dem Allgäu in nächster Zeit ein neuer Aufschwung beschieden sein möge.

Nach dem Frühstück wurde zunächst der Viehbestand des Hofguts Burkwanng besichtigt und dann noch die Käseerei in Friesenhofen in Augenschein genommen. Dann ging die Fahrt nach Ummendorf, wo der dortigen landwirtschaftlichen Genossenschaftsmolkerei ein Besuch abgestattet wurde. Der Vorstand der Genossenschaft, Döbler, führte die Gäste durch die neuerstellten Räume. Nach einem kurzen Aufenthalt in Biberach fuhren die Herren über die Alb nach Stuttgart.

Im Verlauf des Abends fand zu Ehren des Reichsministers beim Staatspräsidenten in Stuttgart ein Essen im engsten Kreis statt.

Der Reichsernährungsminister in Stuttgart

Stuttgart, 9. Sept. Aus Anlaß der Anwesenheit des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Schiele fand heute vormittag im Sitzungssaal des Wirtschaftsministeriums ein Empfang für die Vertreter der württ. Landwirtschaft, insbesondere der Milchwirtschaft statt, an der auch Staatspräsident Dr. Bazille, die Minister Holz und Dr. Dehlinger und Staatsrat Rau teilnahmen. Staatspräsident Dr. Bazille begrüßte den Reichsminister im Namen der württ. Regierung. Dieser Besuch ist für uns eine besondere Freude, weil er einem Ziel gilt, das die württ. Regierung selbst seit ihrem Amtsantritt verfolgt, nämlich der Errettung und Erhaltung unserer Landwirtschaft. Die Not unserer Landwirtschaft beruht hauptsächlich 1. auf der Belastung durch den Londoner Vertrag, 2. auf der Kapitalvernichtung durch die Inflation, die die Landwirtschaft härter als die Industrie getroffen hat, 3. aus der Konkurrenz des Auslandes, da Deutschland in seiner politischen Schwäche gezwungen ist, bei den Handelsverträgen für die auswärtige Landwirtschaft Zugeständnisse zu machen, um für unsere Ausfuhrindustrie günstigere Bedingungen zu erhalten, 4. auf der Tatsache der höheren landwirtschaftlichen Erzeugungskosten in Deutschland. Daher ist ein Zollschutz für die Landwirtschaft notwendig.

Reichsernährungsminister Schiele betonte die Notwendigkeit, daß das Reich den bodenständigen Elementen, die sich heute in Not befinden, beistehen müsse. Wenn es heute um die besonders gelagerten landwirtschaftlichen Interessen des Allgäus gehe, so handle es sich um mehr als um gewöhnliche Betriebsfragen. Hier stehen nach der ganzen Ueberlieferung des Landes Gemütsfragen stark im Vordergrund. Es sind auch wichtige praktische Fragen, die auf der letzten Frankfurter Industriekongressung lebhaft Widerklänge gefunden haben, nämlich die Förderung des Binnenmarktes.

Sodann wurden von den Herren Fabrikant Wiedemann-Wangen, Gutsbesitzer Farny, Gutsbes. Christmann, Generalsekretär Huber und Landtagsabg. August Müller verschiedene Fachvorträge gehalten, in denen sie dem Reichsminister und der württ. Regierung die besonderen Wünsche der württ. Allgäuer Milchwirtschaft vortrugen. Die Forderungen bewegten sich also in der Richtung nach erhöhtem Zollschutz, nach Vorlage eines brauchbaren Reichsmilchgesetzes und nach Unterstützung der Milchwirtschaft durch Reichsbankkredit in Form langfristiger Kredite. Eine Hilfe

für Bayern bedinge gleichzeitig hier eine Hilfe für das württ. Allgäu.

Reichsernährungsminister Schiele dankte den Herren für ihre wertvollen Ausführungen und erklärte, daß die Reichsregierung alsbald sich mit den Ländern beraten werde, um über die Frage der Kreditbewilligung durch das Reich und der Zinsverbilligung klar zu werden. Es handle sich darum, einem Wirtschaftszweig, der vom ersten Willen zur Selbsthilfe getragen sei, das eine, was er allein nicht aufbringen könne, den verbilligten Kredit zu geben. Der Minister versprach, in Berlin sofort die Richtlinien auszuarbeiten, unter welchen Voraussetzungen die Gelder gegeben werden könnten. Sein Bestreben gehe dahin, langfristige Kredite zunächst auf 5 Jahre zu geben und den Zinsfuß durch Zuschüsse des Reichs auf 4-4 1/2 v. H. zu verbilligen. Die gesamte Milchwirtschaft müsse auf eine Grundlage gestellt werden, die es möglich mache, die überflüssige Einfuhr zu vermeiden.

Staatspräsident Dr. Bazille dankte dem Reichsminister für seine Ausführungen, aus denen mit Sicherheit zu entnehmen sei, daß die Fürsorge für die Milchwirtschaft im Anmarsch sei. Weitere Dankesworte sprach Landtagsabg. Dingler für die eingeladenen Organisationen. Im Lauf des Nachmittags fuhr der Reichsernährungsminister Schiele und seine Begleitung nach Karlsruhe weiter.

In der Besprechung wurden u. a. die Tatsachen erwähnt, daß die Gesamtmilcherzeugung im Reich einen Wert von 3,85 Milliarden Mark darstellt und daß die Erzeugung in Württemberg im Jahr 1926 nicht weniger als 389,9 Liter auf den Kopf der Bevölkerung betrug. Die Milchbetriebe im württ. Allgäu verarbeiten täglich über eine halbe Million Liter Milch, aus denen 860 Zentner Käse im Wert von 1,1 Million Mark erzeugt werden.

Die deutsche Landwirtschaft ist demnach in der Lage, nicht nur den Reichsbedarf reiflos zu befriedigen, sondern noch erhebliche Mengen auszuführen. Trotzdem werden nach Deutschland große Mengen Milch, Butter und Käse eingeführt, wodurch ungeheure Summen unnötigerweise ins Ausland gehen — meist für gefärbte Ware —, während die eigene Landwirtschaft in Not gerät.

feien. Wenn das Reichskabinet zu der Vorlage endgültig Stellung genommen hat, soll noch einmal mit allen Spitzengewerkschaften der Beamten gemeinsam verhandelt werden.

Ueber die Frage der Deckung der Mehraufwendungen an die Beamten erfährt die „Vossische Zeitung“, der Finanzminister sei entschlossen, keine Aenderung des Finanzausgleichs vorzunehmen. Die Länder würden infolgedessen gezwungen sein, die Mehrkosten aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Für Preußen käme eine Mehrausgabe von 150, für Bayern eine solche von ungefähr 40-50 Millionen Mark in Frage.

Die Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags zur Beratung über die Höhe der Zuschüsse auf die Neuregelung der Befoldungsordnung ist auf Donnerstag, 22. September, statt 23., vorverlegt worden.

Württemberg

Stuttgart, 9. Sept. Verleihung der Rettungsmedaille. Der Staatspräsident hat dem Maurer Joseph Haldler in Untingen M. Kiedlingen die Rettungsmedaille verliehen.

Der Vertrieb ausländischer Butter. Die kleine Anfrage der Abg. Stroebel und Dr. Häcker (Wd.) betr. Handel der Milchversorgung Stuttgart mit dänischer Butter hat das Wirtschaftsministerium wie folgt beantwortet: Nach einem Bericht des Stadtschultheißenamts Stuttgart hat diesem die Milchversorgung Stuttgart OmbS. mitgeteilt, daß sie keine ausländische Butter einführe. Der Vertrieb von Auslandsbutter erfolge in Stuttgart durch die Buttergroßhandelsfirmen und durch die Einkaufsgenossenschaft der Milchhändler von Stuttgart und Umgebung.

Verschiebung des Reit- und Jagdturniers in Münsingen. Das für den 11. September in Münsingen geplante Turnier der Reichswehr mußte aus dienstlichen Gründen auf den 14. September verschoben werden.

Noflandung. Ein Flugzeug mußte infolge eines Motorschadens im Feuerbacher Tal niedergehen. Beim Versuch, wieder zu starten, zerbrach das Untergerüst. Das Flugzeug mußte abmontiert werden. Verletzt wurde niemand.

Spende für das Landesgewerbemuseum. Anlässlich ihres 50jährigen Bestehens hat die Mech. Jacquardweberei Zwettgart und Sawitzki in Sindelfingen dem Verein der Freunde des Landesgewerbemuseums eine Stiftung von 3000 Mark überwiesen. Der Betrag wird zur Ausgestaltung der Sammlungen verwendet werden.

Tagung der Wertmeister. Die Landesvertreterversammlung der im Deutschen Wertmeister-Verband organisierten Meister findet am nächsten Samstag und Sonntag in Göppingen statt. An der Tagung werden über 100 Vertreter der in Württemberg und Hohenzollern befindlichen 80 Ortsvereine teilnehmen.

Bautechnische Woche. Aus Anlaß der zurzeit hier stattfindenden Wertbundaustellung „Die Wohnung“ hält der Ausschuss für wirtschaftliches Bauen am 12. und 13. September seine diesjährige Tagung in Stuttgart ab. Anschließend veranstaltet der Württ. Wärmewirtschaftsverband sowie die Württ. Staatl. Beratungsstelle für das Baugewerbe eine Vortragswoche. Als Redner sind herodragende Fachleute gewonnen, die über bautechnische Fragen sprechen werden. Sämtliche Vorträge finden im Haus des Deutschtums statt.

Kampf gegen den Lärm. In der letzten Sitzung des Bezirksrats wurde in öffentlich-mündlicher Verhandlung zwei Kraftfahrern der Führerschein je auf 3 Monate entzogen. Beide hatten in der Stadt durch lange Hupeffsignale und Motorengeräusch, verursacht durch unangemessenes Fahren, die Nachtruhe empfindlich gestört.

Unfertkirkheim, 9. Sept. Ein unerfahrener Lebensretter. An der Straßenbahnhaltestelle bei der Badeinsel hier hörte ein Wagenführer der Linie 25 plötzlich laute Hilferufe, die vom Kanal her kamen, der oberhalb der Brücke zum Elektrizitätswerk führt. Da eine Menge von

Zuschauern ratlos zusah, sprang er selbst rasch entschlossen in seinen Kleider ins Wasser und rettete das Kind — um ein solches handelte es sich — vor dem Tod des Ertrinkens.

Schwenningen, 9. Sept. Aenderung des Ortsnamens Schwenningen. Der Beschluß des Gemeinderats Schwenningen, den Namen der Stadtgemeinde in „Schwenningen am Neckar“ zu ändern, ist durch Entziehung des Innenministeriums genehmigt worden.

Gmünd, 9. Sept. Regimentsfest der 180er. Wie bereits berichtet, findet das Regimentsfest der 180er am 2. Oktober, verbunden mit der Denkmalsweihe, statt. Die Vorbereitungen schreiten rüstig vorwärts.

Lorch, M. Wetzheim, 9. Sept. 8. Schuljahr. Der Gemeinderat hat in seiner gestrigen Sitzung die Einführung des achten Schuljahrs sowohl bei der evang. als auch bei der kath. Volksschule beschlossen.

Gaildorf, 9. Sept. Vom Blich getroffen. Während des Gewitters am Mittwoch war der Sohn des Landwirts und Heuhändlers Schupp auf dem Felde mit einer Heugabel beschäftigt, als der Blich in diese traf, dem jungen Mann am Rücken hinabfuhr, ihm die Kleider verbrannte und schwere Lähmungsercheinungen an den Beinen verursachte. Er wurde alsbald ins Gaildorfer Bezirkskrankenhaus verbracht.

Mainhardt M. Hall, 9. Sept. Vom Blich getötet. Das schwere Gewitter am Mittwoch nachmittag forderte auch ein Opfer. Das 17jährige Dienstmädchen Walter, Tochter des früher in Mainhardt ansässigen Schuhmachers Walter, jetzt in Hütten in Stellung, war auf dem Feld beschäftigt, als sie vom Blich getroffen tot niederfiel.

Aus Stadt und Land

Magdol, 10. September 1927.
Der Mensch ist etwas vorzügliches, wenn er wahrhaft — Mensch ist. Aeschylus.

Arbeitsfreudigkeit

Zum Sonntag

Die große Ferien- und Urlaubszeit des Jahrs ist nun zu Ende. Das sollen die, welchen sie zugut kam, nicht mit einem Seufzer sagen. Viele Volksgenossen, Jugendliche und Erwachsene, die in anstrengender Arbeit stehen, genießen überhaupt keine derartige besondere Erholungszeit; für sie bilden die Sonn- und Festtage die einzige Unterbrechung im Gleichschritt des Werktags, den sie jahraus, jahrein zu geben haben.

Um aber frisch und froh die Arbeit wieder aufzunehmen, bedarf es nicht nur der körperlichen Erholung; die innere Einstellung zum Beruf ist ebenso wichtig. Und eben das ist ein großes Stück unserer Volkstugend, daß für viele die Arbeit nicht mehr Beruf ist, nicht mehr innerlich verbunden mit dem Sinn des Lebens, sondern nur noch das Mittel zum Gelderwerb. Auch wenn das so erkämpfte tägliche Brot nicht wie bei so vielen für allemal ausfällt, reicht dieser nüchterne Zweck auf die Dauer schwerlich aus für eine wirkliche Arbeitsfreudigkeit. Ein Stück Berufsbewußtsein gehört notwendig mit dazu, das Gefühl, für die Gesamtheit etwas Nützliches zu leisten und am rechten Maß zu leben. Es ist wie eine schwer Strafe, wenn sich Menschen zu einem Geschäft verurteilt sehen, für das sie dieses Gefühl beim besten Willen nicht aufbringen können. Und ein Stück Seele muß mit in die Arbeit gelegt sein, ein Stück Ehrgefühl, Hingabe, Liebe, letzten Endes ein Stück Gottesdienst. Es ist gewiß nicht für alle leicht, in einer Zeit, wo die Lage über weitgehende Mechanisierung der Arbeit wahrhaftig nicht aus der Luft gegriffen ist, diese Beseelung der Arbeit noch zu erringen. Jedenfalls aber sollten die, denen ein glücklicheres Los gefallen ist, zu allererst dem Wort des großen Schottens nachleben: „Beseget ist, wer seine Arbeit gefunden hat. Wöge er keinen andern Segen verlangen.“

Vom Rathaus.

Gemeinderatsitzung vom 7. September 1927.

Anwesend: Vorsitzender und 13 Gemeinderäte.

Abwesend: Gemeinderat W. Farr, Schröder u. Häusler.

Der Gemeinderatsitzung geht eine Sitzung der Ortsfürsorgebehörde, der auch Herr Delan Otto anwohnt, voraus. In dieser Sitzung wurde der Voranschlag der Ortsfürsorgekasse für das Rechnungsjahr 1927 beraten. Die Einnahmen und Ausgaben sind zwangsläufig. Für die Unterhaltung des Spitalgebäudes sind 1350 M und für die Unterhaltung des Inventars und Bettzeugs 1011 M vorgesehen. Der 25%ige Zuschuß der Stadt zum Bez.-Wohlfahrtsamt für die Sozial- und Kleinrentner, Winderjährigen, Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge beträgt wie im Vorjahr 5000 M. Die Gesamteinnahmen betragen 10 865 M und die Ausgaben 22 865 M, sodaß sich ein Abmangel von 12 000 M ergibt, der in den Hauptvoranschlag der Stadtpflege (im Vorjahr 10 000 M) einzustellen ist.

In der anschließenden Gemeinderatsitzung wurden behandelt:

Mitteilungen. Beim Brennholzverkauf in Distrikt Bühl wurden erlöst: für 46 Rm. Nadelholzbeigeholz 657,60 M, durchschnittlich 14,30 M für einen Rmtr., für 26 Rmtr. Nadelholzstockholz im Boden 166,20 M, durchschnittlich 6,40 M und für 4050 Nadelholzwellen 812,60 M, durchschnittlich für 100 Wellen 20,06 M. Die kürzlich unter Führung des Herrn Oberbürgermeisters von Wetzheim mit Vertretern der Handelskammer Calw und der Stadt Magdol stattgehabte Audienz bei der Reichsbahndirektion in Stuttgart ergab folgendes: die Interessen der Magdolbahn sind nach den Zusagen der Reichsbahndirektion gesichert. Bei einem zweigleisigen Ausbau der Magdolbahn kann auch die Umleitungslinie Hochdorf-Bahnhof Eutingen alt-Horb ohne weiteres und ohne besondere Kosten angelegt werden, während die Umleitungslinie bis dahin nur einseitig für den Güterverkehr unterhalten wird. Auch durchgehende Züge von der Magdolbahn über Bahnhof Eutingen neu nach Stuttgart sind vorgesehen.

Ein erneutes Besuch des Stadtschultheißenamts an die Oberpostdirektion um Errichtung eines Fernknotenamts in Magdol wurde wiederholt abgelehnt, da die Lage von Horb als Eisenbahnknotenpunkt für ein solches Amt besonders günstig sei. Auch Städte wie Tübingen, Rottenburg müssen auf dieses Amt verzichten. Der Zeitpunkt, bis zu welchem ein S.M. Amt in Magdol errichtet werde, könne noch nicht angegeben werden, da der Oberpostdirektion nicht bekannt ist, wann ihr die erste